

Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
16 / 2009

# Neue Fragen an den Rechtsstaat

Wie begegnen Politik, Recht und Exekutive  
aktuellen Friedensgefährdungen?

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2008

■ MUSICA PRO PACE 2008

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

V&R unipress



Hüseyin Bağcı und Gesprächsleiterin Prof. Dr. Ingeborg Tömmel, Direktorin des Jean Monnet Center of Excellence in European Studies an der Universität

*Hüseyin Bağcı, Ankara*

## **Europa sieht Deutschland: Türkei und Deutschland – Nachbarn, Partner, Freunde?**

Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit  
im Rathaus der Stadt am 3. Oktober 2008

Die türkisch-deutschen Beziehungen und auch das Deutschlandbild der Türken haben sich seit dem Ende des Kalten Krieges vor allem in politisch-strategischer Hinsicht dramatisch verändert. Einer der Hauptgründe für die sich verändernden gegenseitigen Wahrnehmungen ist der Wandel in der Definition der ›Freundschaft‹ zwischen beiden Staaten und Gesellschaften. Für die Türken war Deutschland immer ein ›Anwalt der Türken‹ in Europa, besonders während des Kalten Krieges. Es ist offenkundig, dass die türkisch-deutschen Beziehungen unter neuen regionalen und globalen Entwicklungen eine Veränderung erleben – *changing parameters of partnership* – und dass sich beide Seiten den neuen Voraussetzungen der Weltpolitik akkommodieren müssen.

Für die Türken war es schwer zu akzeptieren, Deutschland als ein ernstzunehmendes Hindernis ihrer Bemühungen um die EU-Mitgliedschaft erleben zu müssen. Die Verwandlung Deutschlands vom Förderer zum Hindernis der Türkei war jedoch politische Realität. Die türkisch-deutschen Beziehungen haben aber, wie zu zeigen ist, sicherlich eine neue Qualität erreicht, in der doch die Zeit für die Türkei auf ihrem Weg zur EU arbeitet. Die Türkei hatte und hat weiterhin sehr starke *human ties*, d.h. Verbindungen auf individueller Ebene mit Deutschland, wo heute mehr als 2,7 Mio. Türken leben. Etwa eine Million dieser Menschen sind bereits in jeder Hinsicht zu Deutsch-Türken geworden. Es steht außer Frage, dass diese Deutsch-Türken einen wichtigen spezifischen Faktor der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern darstellen und dass sie ein Teil der deutschen Gesellschaft geworden sind.

Ich möchte an dieser Stelle der Frage nachgehen, wie sich seit der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 das Deutschlandbild der Türkei insgesamt entwickelt hat und wie die türkisch-deutschen Beziehungen aus der Sicht der Türkei in der Zukunft sein könnten.

Es gibt bisher kaum neueste wissenschaftliche Untersuchungen, die sich den bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern gründlich widmen würden. Das muss verwundern angesichts der doch so engen politischen, wirtschaftlichen und strategischen Beziehungen, die sich entwickelt haben. Insbesondere auf türkischer Seite gibt es wenig Literatur zu diesem Thema.

In den 1970er und 1980er Jahren erschienen einige Veröffentlichungen, die besonders für den Bereich der Geschichte relevant sind. In letzter Zeit ist jedoch eine positive Entwicklung besonders an deutschen Universitäten erkennbar: Die Türkei ist jetzt Gegenstand recht vieler Forschungen und Publikationen, ganz im Gegensatz zu den türkischen Universitäten, wo das Gebiet der Deutschlandstudien defizitär geblieben ist. Obwohl in mehreren Ländern derartige Institute entstanden, gibt es leider heute in der Türkei immer noch kein Institut für Deutschlandstudien. Deutschlandstudien sollten in der Türkei in Zukunft stärker gefördert werden. Die Bemühungen in der Türkei, eine deutsche Universität zu gründen, sind sicherlich eine positive Entwicklung, aber es ist noch ein langer Weg bis zur Realisierung. Von der Gründung einer deutschen Universität in der Türkei erwartet man sich, dass diese Universität für die weitere wissenschaftliche Kooperation beider Staaten in den kommenden Jahren eine bedeutende Rolle spielen wird.

Eine wichtige Wegmarke für die türkisch-deutschen Beziehungen war die Luxemburg-Entscheidung der EU im Jahr 1997. Bis dahin glaubten die Türken, dass Deutschland der »beste Freund« der Türken in Europa sei. Wie man nach der Entscheidung von Luxemburg feststellen musste, war diese Liebe einseitig. Die Türken betrachteten die historische türkisch-deutsche Freundschaft, die während des 19. Jahrhunderts entstanden war und bis zum Ersten Weltkrieg andauerte, als etwas Unveränderliches. In Luxemburg aber wurde gesagt, dass die Türkei nicht zu Europa gehöre. Vor allem die Aussage des deutschen Bundeskanzlers *Helmut Kohl*, dass er in der Schule nicht gelernt habe, dass die Türkei geographisch zu Europa gehöre, sondern zu Asien, löste in der Türkei nicht nur Empörung, sondern große Enttäuschung aus. Gerade deutsche Türkei-Experten wie *Udo Steinbach*, *Lothar Rühl*, *Heinz Kramer* haben in ihren Schriften immer wieder gewarnt, dass die Türken doch eine einseitige Liebe zu Deutschland entwickelt hätten. Diese Freundschaft sei aber ein historischer Mythos, und die Deutschen glaubten keineswegs an diese Freundschaft, so der Tenor der Experten.

In den 1990er Jahren verstärkte sich diese Sicht auf die Türken weiter, als die deutsche Regierung die Kurdenfrage zu einem Thema innen- und außenpolitischer Strategien machte. Die »politische Lösung der Kurdenfrage« in der Türkei wurde nun eine *conditio sine qua non* für die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU. Vor allem die Partei der

GRÜNEN machte der Türkei in der Tat große politische Schwierigkeiten. Die intellektuelle und politische Haltung der deutschen Politiker und Intellektuellen wurde in der Türkei als »feindselig« betrachtet. Der Terrorismus der *Partiya Karkerên Kurdistan* (PKK), der sogenannten Arbeiterpartei Kurdistans, erlebte inzwischen seinen Höhepunkt. Zu Beginn der 1990er Jahre hatten bereits Tausende – Soldaten wie Zivilbevölkerung – ihr Leben verloren. Die Türkei bezahlte für die Terrorismusbekämpfung nicht nur mit Tausenden von Menschenleben, sondern auch mit Milliarden von Dollars. Als Deutschland in den Jahren 1992 und 1994 gegen die Türkei jeweils ein Lieferembargo für Militärausrüstung verhängte, erlebte die Wertschätzung der Türken für Deutschland einen Tiefstand. Der türkische Intellektuelle und Schriftsteller *Aziz Nesin*, durchaus ein Kritiker des Militärs, wandte sich gegen das Waffenembargo der deutschen Regierung und kritisierte Deutschland scharf mit der Aufforderung, Deutschland solle doch aufhören, Waffen zu produzieren. Der Türkei müsse, so Nesin, vielmehr das Recht zugestanden werden, Waffen zu kaufen, um den Terrorismus zu bekämpfen.

Zuvor hatte es keine »Kurdenfrage« gegeben, die zwischen den beiden Staaten ein problematisches Thema gewesen wäre. In den 1980er Jahren erlebten die deutsch-türkischen Beziehungen vielmehr ihr Goldenes Zeitalter. Damals bemühte sich z.B. der deutsche Außenminister *Hans-Dietrich Genscher* sehr, die Türkei, in der am 12. September 1980 ein Militärputsch stattgefunden hatte, für die europäischen Institutionen zurückzugewinnen.

Die Türken haben jedoch die deutsche politische Haltung zu Anfang der 1990er Jahre sehr wohl verstanden. Denn Deutschland war auch in den Augen der Türken ein »Einwanderungsland«, ein sicherer Hafen für islamische Fundamentalisten, PKK-Terroristen und Asylsuchende aus aller Welt – obwohl die deutsche Politik und die hiesigen Politiker dies in jener Zeit immer vehement zurückgewiesen haben. Die Türken waren sogar der Ansicht, Deutschland sei das einzige Land, das wegen seiner liberalen Asylpolitik am meisten missbraucht worden ist. Es ist interessant festzustellen, wie die Türken zu diesem politischen Verständnis gelangten: Die deutsche Presse übte fast täglich Türkei-Kritik wegen der Kurdenfrage sowie Menschenrechtsfragen. Die Türkei war damals ein Topthema der deutschen Presse. Der Grund war allerdings, dass die Aktivitäten der PKK nun nicht mehr nur die in Deutschland lebende türkische Bevölkerung, deren Häuser und diplomatische Vertretungen etc. das Ziel waren, sondern auch deutsche Autobahnen. Im Jahr 1993 hatten PKK-Anhänger in der Nähe von Dortmund die Autobahn blockiert. *Seyfi Taşhan*, Direktor des Instituts für Außenpolitik in Ankara, sprach sogar von einem »*Bosphorus bargain*«; er warf Deutschland vor, mit der Türkei eine ge-

heime Abmachung mit dem Ziel geschlossen zu haben, dass die PKK ihre Aktivitäten in Deutschland beende.

In den späten 1990er Jahren bat die Türkei wiederholt die deutsche Regierung darum, die PKK in Deutschland zu verbieten. *Şükri Elekdağ*, früherer Botschafter und jetziger Abgeordneter der *Cumhuriyet Halk Partisi* (CHP) – der Republikanischen Volkspartei, die Mitglied der Sozialistischen Internationalen ist – forderte, den PKK-Terrorismus auf die Tagesordnung des NATO-Rates zu setzen und kritisierte Deutschland wegen seiner »nachgiebigen Haltung« gegenüber dem Terrorismus. Tatsächlich hatte der Berliner Innensenator *Heinrich Lummer* zwischenzeitlich den PKK-Führer *Öcalan* getroffen. Er verhandelte mit ihm, um die deutsche Städte von PKK-Terrorismus zu befreien.

Nachdem *Öcalan* in Kenia gefasst, an die Türkei ausgeliefert und durch ein türkisches Gericht zu lebenslanger Gefängnisstrafe verurteilt worden war, normalisierte sich die Lage weitgehend. Es ist zu betonen, dass die Koalitionsregierung von SPD und GRÜNEN unter *Gerhard Schröder* und *Joschka Fischer* der Türkei in dieser Frage Ende 1998 und danach zur Seite stand, insofern als *Öcalan* aus Deutschland kein politisches Asylangebot erhielt. Die türkische Öffentlichkeit hatte von Anfang an für die Regierung Schröder-Fischer große Sympathie. Der Grund dafür war, dass die neue Regierung sich im Prinzip für die Mitgliedschaft der Türkei in die EU aussprach bzw. dies zu erkennen gab.

Hatte es auf Seiten der Türken nach der Luxemburger Entscheidung von 1997 einen starken Vertrauensverlust gegenüber Deutschland gegeben, so begann nun die Wiederherstellung guter Beziehungen, verbunden mit der Rückkehr des Vertrauens. Der Besuch von Bundespräsident *Johannes Rau* im April 2000 war dafür ein guter Anhaltspunkt. Denn nun besuchte mit dem Bundespräsidenten ein erfahrener, angesehener Politiker die Türkei, die im Dezember 1999 den Status eines Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft erhalten hatte.

Bundeskanzler Schröder hatte von der Türkei ein anderes Bild, was die wirtschaftliche und strategische Bedeutung der Türkei angesichts neuer regionaler sowie globaler Entwicklungen betraf. Im Juni 1999 hatten Schröder und der türkische Ministerpräsident *Bülent Ecevit* vor dem Kölner EU-Gipfel auch offiziell das »Vertrauen« zwischen den beiden Ländern bekundet bzw. wiederhergestellt. Davor hatten sowohl die Regierung von Helmut Kohl als auch die türkische Regierung unter *Mesut Yılmaz* derart heftige Anschuldigungen gegeneinander erhoben, dass man fast von einer Eiszeit in den Beziehungen beider Länder reden konnte. Kanzler Schröder sorgte dafür, dass das frühere Bild von Deutschland als dem Anwalt der Türkei in Europa wieder Geltung bekam. Schröder erkannte explizit auch die potenzielle Wirtschaftskraft der in Deutschland

lebenden Türken an. Allein die in Berlin lebenden etwa 170.000 Türken waren zu einem nicht zu übersehenden Teil der deutschen Wirklichkeit geworden. Die in Deutschland lebenden ›Deutsch-Türken‹ zahlen jährlich mehr als 2,5 Milliarden Versicherungsbeiträge und mehr als 8,5 Mrd. Euro Einkommensteuer. Im Jahr 1975 hatten etwa 100 Türken ein eigenes Geschäft gegründet; 1996 waren es bereits 41.000 und heute gibt es mehr als 100.000 Selbständige mit türkischen Wurzeln. Ihr Geschäftsvolumen beläuft sich auf über 50 Mrd. Euro und ihre Kapitalinvestitionen betragen mehr als 10 Mrd. Euro. Abgesehen von ihrer wirtschaftlichen Bedeutung wurden die Deutsch-Türken inzwischen auch zu einem politischen Faktor. Und jedes Jahr erhöht sich ihre Bedeutung für die deutsche Wirtschafts- und Innenpolitik weiter. Die türkische Öffentlichkeit betrachtet auch diese Türken als *Almanca*, Deutschtürken, und erwartet nicht, dass sie zurückkehren, im Gegenteil, sie gelten als ›Euro-Türken‹. Für sie ist die Türkei ein Entsendeland geworden und Deutschland ein Empfängerland.

Anfang der 1990er Jahre erlebten nicht nur die Türken, sondern auch andere Ausländer Attacken von Neonazi-Organisationen. Es wurden Häuser in Brand gesteckt und eine Familie verlor 5 Kinder durch eine dieser Attacken. Der bedauernswerte Fall der Familie *Genç* aus Solingen wurde später allerdings eine Brücke zwischen den beiden Gesellschaften: Der Besuch von Bundespräsident Rau im Jahr 2000 übermittelte auch die Botschaft einer gesellschaftlichen Versöhnung, so dass im Deutschlandbild der Türken in der Türkei wieder das Positive überwog.

In diesem Zusammenhang ist auch die Rolle der Geschäftsleute zu würdigen, die in der Türkei einen neuen geo-ökonomischen Partner gesehen haben. Sie erkannten in den Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei zunehmend eine Schlüsselrolle für die Zukunft Europas. Dies gaben sie allerdings in anderer Weise kund als die Politiker, die sich zum Thema – verständlicherweise – immer im Hinblick auf die nächsten Wahlen äußern und – mit einigen Ausnahmen – die Rolle der Türkei gern übersehen. Deutsche Geschäftsleute haben daher – besonders seit die Türkei den Kandidatenstatus von der EU erhielt – immer wieder einigen politischen Druck auf ihre Regierungen ausgeübt. Und auch die Realisten unter den Politikern, die geopolitischen und geo-ökonomischen Überlegungen Raum geben, vernachlässigen die Türkei nicht mehr.

Nur einen weltbekannten deutschen Politiker gab es, der sich öffentlich *gegen* die Mitgliedschaft der Türkei in der EU aussprach und die Türken sehr enttäuschte. Das war Altbundeskanzler *Helmut Schmidt*, der in Deutschland hoch geachtet ist und als Vertreter der Bismarck'schen Realpolitik gilt.

Nach dem EU-Gipfel in Helsinki im Jahr 1999 erhielt die Türkei, wie erwähnt, den Status eines Kandidatenlandes mit der Aussicht, Mitglied der

EU zu werden. In der Türkei regte sich eine neue EU-Euphorie, während in Deutschland eine neue Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei begann. In einem Artikel in *Die Zeit* mahnte Helmut Schmidt alle EU-Politiker, zu bedenken, welche besonderen Konsequenzen eine mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei bringen würde. Er argumentierte, die Türkei, Russland, Ukraine und Weißrussland seien wohl große Nationen und sie verdienten auch großen Respekt, aber eine Politik der EU-Erweiterung könne diese Länder nicht akzeptieren. Sie gehörten anderen Kulturkreisen an und passten nicht in das ›klassische‹ Konzept Europas.

Helmut Schmidt zufolge gehöre insbesondere die Türkei nicht zu Europa und sollte auch nicht dazugehören. Eines seiner Hauptargumente war, die Türkei sei ein muslimisches Land, was ihr – unter historischem Blickwinkel – ein Defizit an Sympathie aus der christlichen Welt einbringen würde. Ein weiteres Argument war, die Anzahl der türkischen Bevölkerung und die mögliche Emigration der Türken nach Europa werde eine große Gefahr für die EU mit sich bringen. Schmidt zufolge würde die Türkei in 30 Jahren etwa 100 Millionen Menschen haben, was etwa der Bevölkerung von Deutschland und Frankreich zusammen entsprechen würde. Schmidt plädierte dafür, der Türkei in weiten Bereichen Zusammenarbeit anzubieten und Importen von dort Zollfreiheit zu gewähren, keineswegs aber käme Vollmitgliedschaft in der EU in Betracht.

Heute sieht es so aus, als basiere der Vorschlag von Bundeskanzlerin *Angela Merkel*, der Türkei eine »privilegierte Partnerschaft« anzubieten, auf Schmidts Ideen. Die Türkei lehnte diese Position jedoch von Anfang an ab. Sie ist kein Diskussionsthema in der Türkei und inzwischen auch nicht mehr in Deutschland. Helmut Schmidts Position wurde von der neuen Generation der EU-Politiker nicht akzeptiert und sein Rat, der Türkei die Verhandlungen mit der EU zu ersparen, konnte es nicht verhindern, dass sich die Türkei seit dem 3. Oktober 2005 mit der EU im Prozess auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft befindet. Zumindest für die Türken war klar, dass es die »Vernunft der EU-Nationen« war, um ein Wort von *Henry Kissinger* zu gebrauchen, die dafür gesorgt hatte, dass die Türkei beim Brüsseler EU-Gipfel am 17. Dezember 2004 das Datum für den Beginn von Mitgliedschaftsverhandlungen genannt bekam. Beteiligt war hier auch die Regierung unter Gerhard Schröder, der die Notwendigkeit der Türkei für Europa eingesehen hat. Bundeskanzler Schröder hatte mit dem türkischen Ministerpräsidenten *Tayyip Erdoğan* eine persönliche und freundschaftliche Beziehung hergestellt, und er war jetzt von der türkischen Öffentlichkeit sehr geschätzt. Von 1998 bis 2005 wurde es unter Schröder wieder möglich, die deutsch-türkischen Beziehungen auf eine stabile und vertrauensvolle Grundlage zu stellen. Anders als in den 1980er und 1990er Jahren trübten keine wesentlichen Meinungsunterschiede mehr das Ver-

hältnis zwischen beiden Staaten. Kanzler Schröder und Außenminister Fischer sahen die Türkei als einen strategischen Partner, und es war in der Türkei sehr willkommen, dass Deutschland in den Augen der Türken als ›Motor der EU‹ auf das ›richtige‹ Gleis ihrer Türkeipolitik zurückkehrte. Als bemerkenswerte Veränderung wurde verzeichnet, dass die Schröder-Fischer-Regierung die Rolle der Türkei auch als eine wirtschaftliche Brücke in den Mittleren Osten würdigte, besonders im Rahmen der *Greater Middle East Initiative*, in der die Türkei als Stellvertreter der Vereinigten Staaten von Amerika auftritt. Auch änderte Deutschland inzwischen seine Waffenpolitik gegenüber der Türkei. Deutschland lieferte der Türkei Leopard 2-Panzer und viele neue Waffengeschäfte wurden vereinbart. Das Eis schien nun gebrochen. Die neue Bundesregierung unter Angela Merkel würde es ab September 2005 einfacher haben, mit der Türkei in dieser Frage zu verhandeln. Auch der Technologietransfer sei nicht mehr in Frage gestellt, hieß es.

Nun wusste die türkische Öffentlichkeit, dass die deutschen Christdemokraten auch sehr kritisch die innenpolitischen Entwicklungen und vor allem Menschenrechtsfragen in der Türkei betrachteten. Man erwartete, dass Kanzlerin Angela Merkel, die wie Gerhard Schröder zuvor in der Kurdenfrage eher neutral gewesen war, jetzt härter gegenüber der Türkei auftreten werde. Aber die kurdischen politischen Gruppen hatten in Deutschland nur bei SPD und GRÜNEN Unterstützung gesucht und die CDU/CSU ›vernachlässigt‹. Historisch gesehen, das sollte betont werden, waren die deutschen Konservativen der türkischen Politik seit Konrad Adenauers Zeiten immer sympathisch. Dass sich dies verändern würde, hatte man zwar in der Türkei nicht erwartet, man war aber doch ein bisschen skeptisch.

Nachdem Angela Merkel als Bundeskanzlerin ihre neue Aufgabe Ende 2005 übernommen hatte, wurde dies auch in der Türkei sehr begrüßt. Denn genau 12 Jahre zuvor hatte dort mit *Tansu Çiller* erstmals eine Ministerpräsidentin zu regieren begonnen. Dies bedeutete damals sicherlich eine Revolution in der türkischen Geschichte. Jetzt aber hatten auch die Deutschen ihre erste Bundeskanzlerin. Die Türken, wie es in den Schlagzeilen aller großen Zeitungen hieß, gratulierten ihr und der ganzen deutschen Nation. Merkel wurde während ihres Wahlkampfes auch als ›Angie der Türken‹ apostrophiert – sowohl in Deutschland als auch in der Türkei. Ihr Besuch dort etwa ein Jahr darauf sollte ein großes Spektakel werden. Sie traf mit über 100 Geschäftsleuten im Fastenmonat Ramadan in der Türkei ein.

Deutschland war und ist auch gegenwärtig der größte Handelspartner der Türkei in der EU. Angela Merkel setzte die Politik von Gerhard Schröder fort, indem die Türkei weiterhin nicht nur als verlässlicher Partner,

sondern auch als ein Land behandelt wurde, das mit Deutschland »besondere Beziehungen« hat, und sie begann die Türkei zunehmend positiv zu bewerten. Obwohl Frau Merkel nach wie vor auf ihrem Vorschlag bestand, der Türkei eine »privilegierte Partnerschaft« anzubieten, hatte sie doch die Entscheidung der EU vom Oktober 2005 anerkannt und sagte unter Hinweis auf den Grundsatz *pacta sunt servanda*, dass ihre Koalitionsregierung mit der SPD dieser Entscheidung treu bleibe. Diese Aussage ist für die meisten Türken schon ausreichend.

Interessanterweise entwickelten sich die türkisch-deutschen Beziehungen in den letzten Jahren unter Angela Merkel unerwartet stabil. Die türkische Regierung unter Tayyip Erdoğan war daran interessiert, sich Deutschland als politischen und wirtschaftlichen Partner zu erhalten. Besonders aber kam die religiöse Toleranz der Deutschen der Regierung der *Adalet ve Kalkınma Partisi* (AKP), der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung, entgegen. Der Deutschlandberater des Ministerpräsidenten Erdoğan, der Geschäftsmann und Mitbegründer der AK Partei, *Cüneyd Zapsu*, war die wichtigste Person, die jetzt die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland »regelte«. Er hatte diese Aufgabe bis Mai 2008 inne und trat nach der Kölner Rede des Ministerpräsidenten Erdoğan im Mitte Februar 2008 zurück, in der dieser die deutsche Politik gegenüber Ausländern kritisierte und den Vorwurf erhob, Deutschland verfolge unter dem Namen Integrationspolitik in Wahrheit eine Politik der Assimilation. Diese Rede wurde auch in der Türkei als übertrieben kritisiert. Einige Wochen später sollte Cüneyd Zapsu in einem Artikel in der Zeitung *Zaman* sowohl der türkischen als auch der deutschen Seite erklären, was Ministerpräsident Erdoğan eigentlich hatte zum Ausdruck bringen wollen. Zapsu, der die Kölner Rede initiiert und deren Text entworfen hatte, sagte, der Ministerpräsident sei missverstanden worden.

Tatsächlich trat durch diese Rede nach einer Reihe von Jahren erstmals wieder eine Verschlechterung der türkisch-deutschen Beziehungen ein. Die türkische Öffentlichkeit sah jedoch nach einer Brandstiftung in Ludwigs-hafen, deren Hintergründe bis heute nicht völlig aufgeklärt werden konnten, wiederum die Gefahr, dass die in Deutschland lebenden Türken wie Anfang der 1990er Jahre zum Ziel von Neonaziattacken werden könnten. Kurz nach der Brandstiftung war Ministerpräsident Erdoğan in Ludwigs-hafen gewesen und hatte eine sehr versöhnliche und staatsmännische Rede gehalten. Er kam anschließend mit Angela Merkel in Berlin zusammen, und beide nahmen in einem Gymnasium an einer Diskussion mit Schülern teil. Warum er dann ein paar Tage später in Köln eine so unversöhnliche und wenig staatsmännische Rede hielt, ist für die Türken und wahrscheinlich auch für die Deutschen kaum erklärlich. Klar war aber, dass die in Deutschland lebenden Türken einmal mehr zum Spielball auch der Innen-

politik geworden waren – nicht nur für deutsche Parteien, sondern, wie auch bereits für vorangegangene türkische Regierungen, auch für die Regierung Erdoğan.

Die türkische Öffentlichkeit erlebte ab Mai 2008 eine andere Diskussion, die Schlagzeilen machte. Der Direktor des Zentrums für Türkeistudien in Essen, Professor *Faruk Şen*, wurde Anfang Juli von seinem Posten enthoben. Den Anlass dazu gab ein Artikel Şens in der türkischen Zeitung *Referans* vom 26. Mai 2008, in dem es hieß, die in Europa und besonders in Deutschland lebenden Türken seien die »neuen Juden Europas«. Dies löste auch in der deutschen Presse große Diskussionen aus, und seit langem waren die türkisch-deutschen Beziehungen nicht so einer Belastungsprobe, einer *intellectual crisis*, ausgesetzt worden, die für beide Seiten Beschädigungen mit sich brachte. Prof. Faruk Şen war 23 Jahre lang an Verbesserungen der türkisch-deutschen Beziehungen auf politischer, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene beteiligt und war für seine Verdienste sogar mit dem deutschen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Aber die Kritik am Vergleich Faruk Şens, der historische Kenntnisse vermissen lasse und mit seinem unzulässigen Vergleich weder der Geschichte noch heutigen Realitäten gerecht werde, war nicht unberechtigt. Die Affäre scheint überwunden, auch weil die türkische Presse sehr moderat reagierte und ihre Leser sehr neutral informierte.

Trotz bestehender Unterschiede in einigen politischen Fragen hegten die Türken während der letzten drei Jahre der Regierungszeit von Bundeskanzlerin Merkel doch weiterhin eine sehr positive Meinung über Deutschland. Will man die vergangenen 18 Jahre zusammenfassen, so lässt sich sagen, dass Deutschland für die Türken nicht nur der »Exportweltmeister« ist, sondern auch ein Land mit offenen, demokratischen Strukturen, ein guter Nachbar und Freund der Türken.

Die Türken waren eine von wenigen Nationen in ganz Europa, die aus ganzem Herzen gratulierten, als am 3. Oktober 1990 die Vereinigung beider deutscher Staaten stattfand. Mehrere große türkische Tageszeitungen titelten an diesem Tag auf ihrer ersten Seite: »Alles Gute für die Zukunft, Deutschland«. Auch wenn die türkische Zuneigung zu Deutschland manchmal ein bisschen einseitig ist, standen die Türken in all diesen Jahren zu ihrer positiven Haltung zu Deutschland und den Deutschen, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich dieses ändern wird. So ist denn die Zuneigung, wie ich glaube, auch nicht mehr ganz so einseitig. Die junge Generation von Türken und Deutschen hat jetzt mehr Möglichkeiten, einander zu verstehen und nicht nur Europa, sondern die Welt gemeinsam zu gestalten. Mein Resümee: Die Türkei und Deutschland bleiben wie in der Vergangenheit auch in Zukunft Nachbarn, Freunde und Partner.

Der bekannte türkische Philosoph und Humanist des 13. Jahrhunderts, *Mevlana Celaleddin Rumi*, sagte: »Was über das Gestern gesagt werden muss, ist bereits gesagt worden. Man sollte für morgen etwas Neues, Ungesagtes sagen«.

Das Neue für die Zukunft von Türken und Deutschen ist, so denke ich, dass beide Völker in der Zukunft mehr Gemeinsamkeiten als Differenzen haben werden. Die Zukunft wird zwar für die ganze Welt nicht einfach sein, aber gemeinsam kann man sie wohl meistern. Gerade am Tag der Deutschen Einheit gibt es gute Gründe für eine optimistische Haltung. Warum sollte dies nicht auch für die türkisch-deutschen Beziehungen gelten?